



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

291

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Innenpolitik an der Jahreswende

Von Wilhelm Mellies, MdB, stellvertretender Vorsitzender
der SPD

Die bevorstehenden schicksalhaften Entscheidungen in der Außenpolitik lasten an der Jahreswende schwer auf der deutschen Bevölkerung. Aber auch innenpolitisch sind die Sorgen im Laufe des letzten Jahres nicht geringer, sondern größer geworden. Die Bundesregierung lässt die Zügel der Innenpolitik am Boden schleifen. Es ist keine Führung vorhanden und es findet keine Koordination statt.

Im verflossenen Jahr haben Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages wieder bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, die dringend notwendigen großen Reformen durchzuführen. Wie viel wurde während des Wahlkampfes und in den ersten Monaten des neuen Bundestages noch von der großen Finanz- und Steuerreform geredet. Was der Bevölkerung mit den Steuergesetzen besichert wurde, ist weder eine große noch eine kleine Finanz- und Steuerreform. Es ist Flickwerk, in dessen Mittelpunkt der neue Einkommensteuer-Tarif steht. Dieser neue Tarif ist dazu noch mit allen Merkmalen einer unsozialen Neuordnung behaftet.

Jeder weiß, dass der Kalte Krieg gegen den Osten nur bestanden werden kann, wenn wir zu einer guten, fortschrittlichen und vorbildlichen Sozialordnung kommen. Aber auch hier zeigt sich die Wahrheit des alten Gesetzes, dass rückschrittliche Regierungen echte und große Reformen nicht durchführen können.

Man hat allerdings im Bundeskabinett wohl gemerkt, dass etwas geschehen muss. Deshalb hat man zur Jahreswende zunächst einmal einen Ausschuss eingesetzt, der die Termine festlegen soll. Aber Festlegung der Termine nutzt nichts, wenn man sich nicht über die großen Gesichtspunkte der Neuordnung klar und einig ist. Als vor Jahren die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Einsetzung einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission zur Bearbeitung dieser Fragen verlangte, lehnte die Mehrheit des Bundestages dies ab; und seit der Zeit tritt man auch in diesen Fragen auf der Stelle.

Trotz aller Unzulänglichkeiten der jetzigen Ordnung kommt man auch mit der Großen Besoldungsreform nicht weiter, und von der Verwaltungsreform wird zwar viel geredet, aber man verabschiedet Gesetze wie das Gesetz über die Gewährung des Kindergeldes, die den Verwaltungsapparat bei den Berufsgenossenschaften noch größer und unständlicher werden lassen.

Nichts ist geschehen, um die schweren innerpolitischen Fehlschläge im Laufe des Jahres zu bereinigen. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses im Fall J o h n wurde bisher bewußt verschleppt.

In der angekündigten Reform des Bundesverfassungsschutzes ist man kaum weiter gekommen. Ebenso wenig ist bisher von den Zusagen erfüllt, dass eine interne Kontrolle durch einen kleinen parlamentarischen Ausschuss ermöglicht werden sollte.

Auch aus dem Fall W ü r m e l i n g sind keine Konsequenzen gezogen worden; obwohl dem Minister im Parlament von allen Fraktionen eine Zurechnung zuteil wurde, wie sie wohl noch kein Minister in einem demokratischen Parlament erfahren hat, dachte er nicht an Rücktritt, sondern sass am nächsten Morgen fast provozierend als alleiniger Vertreter des Bundeskabinetts auf der Ministerbank. In der Öffentlichkeit konnte er erklären, dass er nicht an Rücktritt dachte, da er eine "elephantöse Haut" habe. Dickhäuter sind in der menschlichen Gesellschaft schon keine angenehme Erscheinung, sie gehören aber in der parlamentarischen Demokratie auf keinen Fall auf einen Ministersessel. Der Bundeskanzler hat im bayerischen Wahlkampf zwar gesagt, dass er mit Würmeling nicht einverstanden sei und mit ihm noch reden wolle. Das Parlament hat aber davon bisher nichts erfahren, obwohl in den Erklärungen der Fraktionen der Bundestagspräsident und der Bundeskanzler gebeten worden sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Es wird zwar gelegentlich davon geredet, dass bei den schweren aussen- und innenpolitischen Entscheidungen eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition notwendig sei, aber der Bundeskanzler kann von seiner Methode der Verleumdung der Sozialdemokratie offenbar nicht lassen. Zu seinen Äußerungen im Berliner Sportpalast hat er bisher keine Entschuldigung abgegeben, und bei der außerpolitischen Debatte im Bundestag versuchte er am Schluss wieder, den Verleumdungskurs gegen die SPD zu steuern. Allerdings wurde dieser Versuch durch die Wachsamkeit der Opposition bereits im Keime erstickt.

Parlament und Bevölkerung in der Bundesrepublik haben ein Recht zu fragen: Wie stellt man sich bei der Bundesregierung unter diesen Verhältnissen eine gesunde demokratische Entwicklung vor? Der Fall John zeigte zum ersten Male, wie dünn die Decke ist, auf der wir uns bei unserer politischen Entwicklung bewegen. Das letzte Jahr machte - wie kein anderes zuvor - die Risse im innenpolitischen Bereich sichtbar. Sie werden bei den ungeheuren Schwierigkeiten, denen wir uns außen- und innenpolitisch in nächsten Jahre gegenüber sehen, noch deutlicher zu erkennen sein. Die Versäumnisse in der Innenpolitik werden sich bei den schweren Entscheidungen des nächsten Jahres bitter rächen.

* * *

Der Bonner Passiv-Saldo

Aus Berlin wird uns geschrieben

Das Interesse der westlichen politischen Welt ist im Augenblick einseitig auf die Frage gerichtet, wie schnell die Ratifizierung der Pariser Verträge und damit die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik unter Vermeidung etwa noch drohender Schwierigkeiten unter Dach und Fach gebracht werden können. Es ist bezeichnend, dass sich die Bonner

Regierungsstellen um eine Antwort auf die Frage nicht bemühten, welche Möglichkeiten noch in Zukunft angesichts der dann völlig neuen Tatbestände für eine gesamtdeutsche Politik vorhanden sein werden.

Diese Situation ist umso verhängnisvoller, als in Pankow die kommunistische Staatspartei sofort daran gegangen ist, neue Pläne für eine Intensivierung ihrer eigenen gesamtdeutschen Politik auszuarbeiten, die den neuen Tatbeständen angepasst werden soll. Das Zentralkomitee der SED hat eine Kommission mit der Sonderaufgabe gebildet, vor allem die Auswirkungen der Pariser Verträge auf die gesamte Situation in Deutschland zu überprüfen und neue erfolgversprechende Ansatzpunkte für die Pankower gesamtdeutsche Politik festzustellen. Die Bemühungen des Zentralkomitees sind in erster Linie darauf gerichtet, die Auswirkungen der westdeutschen Wiederaufrüstung auf die Bevölkerung für die politischen Ziele der SED auszunutzen. Pankow rechnet nicht mit Unrecht mit neuen sozialen Spannungen, die in der Bundesrepublik durch die Wiederaufrüstung entstehen, und die die konsequente Ablehnung der Bonner Politik gerade in den Kreisen der Arbeiterschaft und der Jugend verstärken werden. Wie sehr Pankow gerade hier Ansatzpunkte für seine neue gesamtdeutsche Offensive sieht, ist daraus zu ersehen, dass in diesen Tagen vom sowjetzonalen Arbeitsminister Macher ein Brief an den Bundesarbeitsminister Storch gesandt wurde, in dem ein gesamtdeutscher "Meinungsaustausch über Fragen der Arbeitsgesetzgebung" vorgeschlagen und die Schaffung eines "einheitlichen deutschen Arbeitsgesetzes" empfohlen wurde. Der Brief ist nur formell an Bonn, in Wirklichkeit an die westdeutsche Arbeiterschaft gerichtet, die, wie es in dem Brief heißt, über die "Errungenschaften der sozialen Arbeitsgesetzgebung in der DDR" aufgeklärt werden soll. Eine solche "Aufklärung" ist nur durch gemeinsame Kontakte zwischen west- und mitteldeutschen Arbeitern in Form gemeinsamer Tagungen möglich, wobei jedoch von vornherein klar ist, dass auf "östlicher Seite nur linientreue FDGB-Funktionäre zu Wort kommen würden. Die Popularisierung dieses Pankower Briefes in der Zonenpresse zeigt deutlich, wo die Absichten der SED liegen.

Wenn die Bundesregierung künftig weiter so passiv wie bisher den Infiltrationsversuchen der SED-Seite gegenübersteht und die einzige Rettung in Polizeimaßnahmen gegen sowjetzonale, nach der Bundesrepublik geschickte "Delegationen" sieht, wird sie den östlichen Propagandisten nur Handlangerdienste leisten, da die unausbleiblichen verstärkten sozialen Spannungen in Westdeutschland schon allein einen guten Boden für die Pankower gesamtdeutschen Ambitionen abgeben werden. Die Propagierung der sowjetzonalen Arbeitsgesetzgebung ist gerade deshalb so verhänglich, weil hier vor den "Aufklärern" mit Begriffen gearbeitet werden kann, die auch im Westen gelten, nur mit dem Unterschied, dass es östlich der Elbe keine "Gewerkschaften", keine "Tariflöhne", kein "Mitbestimmungsrecht" gibt, alles Begriffe, die auf Schritt und Tritt in den gesetzlichen Verordnungen auftauchen, aber nur zu dem Zweck, dem Diktaturregime der Zone die Tarnfassade eines "Arbeiter- und Bauernstaates" zu geben.

Mit der blossen Abwehr der propagandistischen Infiltrationsversuche Pankows ist es im Westen nicht mehr getan. Die von der Sozialdemokratischen Partei schon seit langem geforderte gesamtdeutsche Politik ist das einzige Mittel, mit dem Bonn erfolgreich den jetzt in Pankow in Vorbereitung befindlichen neuen Aggressionsplänen begegnen, und was noch wesentlich ist, die Initiative in der gesamtdeutschen Politik an sich reißen kann. Der "Schutzwall" von Adenauers 12 Lieblings-Divisionen wird sich sehr bald als untaugliche Abwehr erweisen. *

Man muss skeptisch sein - heutzutage!

Die kleine Philosophie von M. Dupont und M. Dufour

J.K., Paris, Ende Dezember

"Ende dieses Jahres wollte ich mich zur Ruhe setzen", sagte Jean Grosbois, Inhaber des Hotels, in dem wir etliche Monate zugetrachtet hatten, und bitter setzte er hinzu: "Aber es geht wieder nicht". Grosbois sieht sorgenvoll in die Zukunft. Er ist zweiundfünfzig Jahre alt, müsste also, ginge es noch mit rechten Dingen zu, seit zwei Jahren das Leben eines Rentners führen, der seinen kleinen Landbesitz verwaltet und ein bisschen "dazu verdient". So hatte es sein Großvater gehalten und noch sein Vater. Mit Fünfzig hatte, sagt er, ein braver Mann sein Schicksal im Trockenen. Doch "die Zeiten" haben sich geändert.

Ein Stückchen Erde...

Nicht nur "die Zeiten", auch die Ansprüche. Und das Misstrauen ist gewachsen. Wer kann man noch trauen? Der Politik? Dem Frieden? Der Währung? Nein, keinem dieser Drei kann Frankreichs Bürger vertrauen. Das relativ Beste ist, einen Franc zum anderen zu legen und sich irgendwo ein Stück Land zu kaufen, falls nicht schon der Vater es getan und der einzige Sohn den Boden geerbt hat. Doch die Erde ist teuer geworden und die Zahl derer, die hoffen können, ein Stück Erde bebauen zu können, ist heute darum niedriger denn je zuvor. Ja, wäre es wenigstens noch so wie es vor dem letzten Kriege war: Es war ganz gewiss keine Schande, seine Siebensachen zu nehmen und gen Afrika zu ziehen, nach Algerien oder nach Tunis oder nach Casablanca. Doch auch dort haben sich "die Zeiten" bekanntlich geändert.

Nein, es scheint dem französischen Sparer nirgends mehr ganz geheuer zu sein. Das schwere Erlebnis in Indochina hat seine tiefen Spuren hinterlassen, niemand kann ahnen, wo die nächste Erschütterung stattfinden wird, niemand weiß, wie es um die grossen Unternehmen steht, die ihre Kapitalien im kolonialen oder halb-kolonialen Übersee-Frankreich angelegt haben. Einst galten ihre Papiere beinahe als mündelsicher, auch heute scheinen sie noch fest; aber Frankreichs Sparer ist vorsichtig, und was von der Turbulenz der

Politik unserer Tage abhängt, erscheint ihm bereits gefährdet. Der Staat, meint der sparende Bürger, sollte ihn, den Staatsbürger, gefälligst schützen, seine Interessen wahrnehmen und sich darum, soweit es nur irgend angeht und solange es angeht, allem Abenteuerlichen fernhalten, waghalsige Verpflichtungen vermeiden - kurzum, sich in den chaotischen Geschehnissen dieser Jahre so neutral wie möglich verhalten.

Verehrung für den Geist

Denn man muss skeptisch sein heutzutage. Es gibt kaum noch viel Positives, an das man sich halten könnte wie an die Zehn Gebote. Die Welt steckt voller Unsicherheit und Abenteuerlichkeit, und sie lebt so unglaublich schnell, diese Welt von heute. Immerhin: Bürger Dupont und Bauer Dufour wissen, dass Frankreichs Leben nicht so rast und tobt wie das anderer Nationen! Hier hat man noch Zeit - und Lust - einen philosophischen Aufsatz zu lesen, kaum eine einzige Tageszeitung, die mehr sein will als ein armseliges Lokalblättchen, kann es sich leisten, auf die Mitarbeit philosophisch geschulter Schriftsteller zu verzichten, und vor den wenigen Mitgliedern der Französischen Akademie ziehen Dupont und Dufour ihren Hut weit tiefer als Smith oder Schmidt es vor den entsprechenden Geistesgrößen ihres Landes zu tun pflegen. Vielleicht nämlich haben diese Denker und Dichter noch etwas wirklich Positives zu bieten, vielleicht wissen sie einen Ausweg aus dem Gestrüpp des Skeptizismus, zu dem Dupont und Dufour sich von Natur aus hingezogen fühlen und vor dem sie doch ständig wachsende Scheu empfinden. Man muss auf der Hut sein, um vom Leben nicht betrogen zu werden!

In der Politik: Parole "Vorsicht"!

Das gilt für jeden und alles. Es gilt für Kunst und Literatur, für die rastlose Technik, für die Politik. Ja, ganz besonders für die Politik. Je skeptischer man ist, desto sicherer ist man als Einzelner. War es eigentlich, fragen sich Dupont und Dufour, richtig, gewissen Persönlichkeiten soviel Macht einzuräumen wie ihnen eingeräumt wurde? Wollen wir eigentlich, fragen sie, nicht lernen aus

dem, was war?: Napoleon und dann Napoleon III. und schliesslich der Marschall Pétain! Hätte man sie rechtzeitig gestürzt, so sähe die Welt anders aus - doch man hatte den kritischen Skeptizismus beiseite geschoben, und gerade das soll nicht wieder geschehen; besser, einen Regierungschef zu früh zu stürzen, als zu spät. Dreimal in anderthalb Jahrhunderten hatte man nicht aufgepasst und den richtigen Augenblick verpasst; nur nicht denselben Fehler zum vierten Male begehen. Lieber vorsichtig sein.

Vorsichtig sein, das ist die Losung für alle praktischen Erscheinungen des Lebens. Man darf sehr unvorsichtig, stürmend sein und vorwärts drängend, auch heute noch, überall dort, wo es um Geistiges geht und um Geistliches. Im Praktischen aber bleibt Vorsicht die Parole. Keine zu starken Verbindlichkeiten, bitte; keine umstürzenden Neuerungen, bitte; keine Währungsreform, keine charakterlose Technisierung, bitte; denn wir wollen arbeiten, um zu leben, aber nicht umgekehrt, und wir wollen an möglichst vielen Traditionen festhalten und daher auch nicht die Hoffnung aufgeben, dass wir uns zur Ruhe setzen könne, ehe es zu spät ist.

+ + +

Freuden und Sorgen im Norden

Grosse Politik an den Rand gerückt - Skandinavien im Zeichen von Freiheit und Fortschritt

I.

KRK - Stockholm

Es ist nicht sicher, dass die Kirchen in D ä n e m a r k sich nur eines besseren Besuches der mehr oder weniger Gläubigen erfreuen, nun, da es im Lande des Sagenkönigs Andersen auch weibliche Priester gibt. (Ob es sie schon in grösserer Zahl gibt? Sie sind jedenfalls zugelassen.) Jedoch darüber freut man sich in Dänemark ganz bestimmt und ungehemmt, dass die militärische Ausbildungszeit von 18 Monaten auf 16 Monate verkürzt worden ist. Mag sein, dass die Ebbe in der dänischen Staatskasse die eigentliche, recht unliebsame Ursache hierzu ist. Wie sollte man sich als Däne aber nicht darüber freuen, die Uniform zwei Monate weniger tragen zu müssen?

- 7 -

23.12.1954

Der Däne ist sozusagen das Sinnbild des zivilisierten Menschen überhaupt, und Schweiß ist im Grunde in Aarhus und Sønderborg weitens mehr zu Hause als in Kolin und Tabor. Leber und Leben lassen, sich selber und das eigene Volk nicht so tödlich nehmen, wie es anderwärts üblich ist - das ist dänische Lebensart.

Es ist nicht das eigentlich ganz sympathische "Fotografieren" des Altösterreichers, das den Kernpunkt dieser Art zu denken bildet. Es handelt sich bei den Dänen vielmehr um das arbeitslose Bekenntnis zu einer persönlichen Freiheit, die Polizei und Bürokratie nicht nur nicht bedrohen dürfen, sondern der sie sogar willig dienen. Verkehrsünden und Delikte, die unter den Begriff des öffentlichen Argernisses fallen, werden z.B. in Dänemark künftig (wenn nicht zumeist) mit der Waife des Humors "geahndet". Witz und Humor sind die Revolver und Battongs der dänischen Polizei, Heiterkeit ist die unwiderstehliche "Macht" der dänischen Strassenbahnfahrer, so dass es auch in noch so überfüllten Strassenbahnwagen Kopenhagens keinen Missmut, sondern immer noch Platz gibt. Es ist beglückend, zu wissen, dass es so bleiben wird in Dänemark. Dort steckt in jeder Uniform ein Mensch: ein freundlicher, zuvorkommender Mensch, der gern mit uns lachen will, und sei es auch über sich selber. - Was Wunder, wenn in diesem lebenswürdigen Volk und lebenswerten Land der Außenminister - er heißt E.C. Hansen - im Rundfunk und bei öffentlichen Veranstaltungen zur Laute singt, ohne dass dadurch seiner Würde auch nur der geringste Abbruch geschieht!

(Wo es aber grundsätzliche Fragen gilt, verweht man auch in Dänemark keinen Spaß: die Operationen etwa, durch die man Männer in Frauen und Frauen in Männer verandelt, eine Spezialität dänischer Ärzte, sind verboten worden, und die amerikanischen Millionäre, welche die erotische Welt auch einmal von der anderen Seite kennenlernen wollten, werden sich in Kopenhagen nun vergebens bemühen...)

Im übrigen ist man zufrieden mit der Regierung. Man zahlt ohne Meurren seine Steuern, will seine Ruhe vor unnötigem Regierungswechsel und unnötigen Wahlen haben und ist im übrigen zufrieden damit, dass es nicht gerade Dänemark sein muss, das dem Atlantikpakt machtpolitische Bedeutung und militärisches Gewicht gibt.

II.

Ein noch weit intimeres nationales Dasein als das in Danemark ist in N o r w e g e n Quelle des Frostes und der Zufriedenheit. Zwar ist man ungehalten über die Behauptung gewisser Bischöfe, man fahre auf geradem Wege in die Hölle (nach dem natürlichen Tode!), wenn man das Augsburger Glaubensbekenntnis nicht nach dem Buchstaben ernstnimmt und befolgt, aber der Kirchenminister hat es vorgezogen, die Hölle zu riskieren, anstatt der Intoleranz nachzugeben. Wie man sich in Norwegen nun überhaupt mit der Frage beschäftigt, ob nicht der Einfluss der Staatskirche auf das öffentliche Leben eingeschränkt werden sollte. Dass die Lehrer der Staatsreligion (will sagen Staatskirche!) angehören müssen, wird als überflüssig und als unbefugter Eingriff in die persönliche Freiheit empfunden, wie man auch immer mehr der Ansicht zuneigt, dass es ein Unrecht ist, die Kinder in eine Religion zu zwingen, die sie, einmal urteilsfähig geworden, später ablehnen. Nein, nicht die grosse Politik fesselt den Norweger. Sie wird zwischen den Wahlen von den Bewerfern gestaltet. So spielt sich das politische Getöse denn auch wie in den Versammlungen ab, sondern in den Spalten der Presse.

Als aber Albert Schweitzer in Oslo war, um seinen Friedenspreis abzuholen, geriet das Volk in Bewegung. Die Studenten Oslos veranstalteten einen riesigen Fackelzug, die Bevölkerung war zu Zehntausenden auf der Strasse, um der Güte und Weisheit dieses Mannes willen; und man sammelte im Handumdrehen eine Summe, die den Friedenspreis bei weitem übersteigt. So kam es, dass Schweitzer zwei Friedenspreise mit nach Lambarene nahm. Seine Anwesenheit in Oslo hat die Norweger weit mehr gefangengenommen als etwa die Rückkehr des farblosen Trygve Lie aus dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen in seine heimatlichen Gefilde.

In den Kreisen der norwegischen Arbeiter verfolgt man sehr aufmerksam die von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden unternommenen Versuche, nachzuweisen, dass die Einführung der Vierzigstundenwoche ohne Einschränkung der Produktion möglich ist. Diese bedeutsamen Versuche, mitgewünscht und unterstützt durch die Gewerkschaften der anderen nordischen Länder, werden der notwendig gewordenen Arbeitszeitverkürzung in internationalem Massstabe den Weg bereiten helfen.

III.

Es wäre zuviel gesagt, wollte man behaupten, dass die Entfernung des schwedischen Bischofs Dick Helander von seinem hohen Amt die Gemüter der S c h w e d e n besonders erregt hat. Die Verurteilung des Bischofs wegen verleumderischer Nachrede in anonymen Eriefen ist in allen Gerichtsstufen nach genauer Untersuchung erfolgt. Man bedauert Dick Helander höchstens deshalb, weil just er einen Ankläger gefunden hat, obwohl er, Helander, nichts anderes getan hat als andere Priester gelegentlich der verschiedenen Bischofswahlen immer schon getan haben.

Zwei Ereignisse werden dem schwedischen Staatsbürger im Jahre 1955 im besonderen Maße angehen, denn sie greifen tief in jedes Einzelnen Leben ein; jedes auf seine Weise. Die schwedische Krankenversicherung war bisher auf Freiwilligkeit aufgebaut. Vom 1. Januar an aber wird jeder schwedische Staatsbürger, ja, auch jeder im Einwohnerverzeichnis eingetragene Ausländer, zwangsweise versichert sein. Und vom 1. Oktober 1955 an wird das schwedische System der Alkoholationierung, Ausdruck einer lächerlichen Bevormundung des Bürgers durch den Staat, zu bestehen aufhören. Der Tag wurde nicht so sehr wegen der Möglichkeit ersehnt, trinken zu können, was und wieviel man wünscht, als wegen des Fortfalles einer unwürdigen Einschränkung staatsbürgerlicher Freiheit. Und dass man dann in Schweden auch richtiges Bier wird kaufen können, das gute Bier sogar, das man in Schweden bislang nur für den Export erzeugt hat (während das Bier, das es jetzt zu kaufen gibt, diesen Namen gar nicht verdient), ist ein weiterer tröstlicher Gewinn.

Ansonsten schreitet die soziale Erhebung des schwedischen Arbeiters zum Bürger weiter fort, ein Umstand, der etwa darin seinen sichtbaren Ausdruck findet, dass der Werftarbeiter, der nach getaner Arbeit nach Hause geht, zumindest an den Kleidern nicht vom Generaldirektor zu unterscheiden ist. So ist es denn nicht besonders überraschend, dass etwa Ernst Wigforss, der Theoretiker der schwedischen Sozialdemokratie, vor kurzem die Frage stellte, worin sich der Unterschied in den Aufgaben und Zielsetzungen der einzelnen Parteien

23.12.1954

nach einer gewissen Zeit überhaupt aussern werde? So weit der Staat soziale Aufgaben hat, sind sie fast zur Gänze erfüllt, und sie sind von keiner Partei bestritten.

Schon aber zeichnen sich Probleme ab, welche die Geister scheiden: die Jugendorganisation der Liberalen Volkspartei hat nun auch die Trennung der Kirche vom Staat gefordert, also die Abschaffung der Institution der Staatskirche. - Tage Erländer, der schwedische Ministerpräsident, ist ein vielbeschäftigter Mann wie andere Politiker auch. Aber er braucht seine Kraft weniger an zwecklosem Streit verschwenden, der anderswo aus den verkrampften Beziehungen zwischen Regierern und Regierten entfließt. Denn das Wort bleibt wahr, das Karel Capek über die Schweden gesagt hat: "Wie leicht muss es sein, ein Volk von Herren zu regieren!"

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau